



Antrag

Vorlage: AT/0107/2018		Datum: 09.08.2018	
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az.:	
Betreff: Antrag der AfD-Ratsfraktion: Gewerbetreibende in Diskurs über Situation am Hauptbahnhof einbeziehen und befragen			
Gremienweg:			
30.08.2018	Stadtrat	☐ einstimmig	☐ mehrheitl.
		☐ abgelehnt	☐ Kenntnis
		☐ verwiesen	☐ vertagt
	TOP	☐ Enthaltungen	☐ Gegenstimmen
	öffentlich		
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

Es ist eine Meinungserhebung bei den Gewerbetreibenden im Umkreis des Hauptbahnhofs, beziehungsweise des Vorplatzes durchzuführen um deren Erfahrungen und Vorschläge in den Diskussionsprozess einfließen zu lassen.

Begründung:

Aufgrund der Situation auf dem Bahnhofsvorplatz müssen die dort ansässigen Gewerbetreibenden möglicherweise auch finanzielle Einbußen hinnehmen. Da sie als Zahler von Gewerbesteuern in erheblichem Maße zum Haushalt der Stadt beitragen ist es wichtig, sie als Betroffene einzubinden. Da der Sozialausschuss leider beschlossen hat, die Gewerbetreibenden im Rahmen der Expertenanhörung nicht zu berücksichtigen, soll das nun mittels einer Meinungserhebung nachgeholt werden. Sie kann durch Befragung vor Ort, telefonisch, online oder auch durch von der Stadt bereitgestellte Formate (Veranstaltungen oder ähnliches) durchgeführt werden. Den Gewerbetreibenden soll so die Möglichkeit geben werden, ihre Sicht auf die Situation am Bahnhofsvorplatz zu schildern und sich mit Vorschlägen und Anregungen einzubringen.

Die AfD-Ratsfraktion

Joachim Paul, stellvertretender Vorsitzender, MdL